

1) Öffentliches Eigentum stärken

Die Eberswalder WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH ist als eine der größten Vermieterinnen der Stadt in der Lage, dämpfend und gestaltend auf den Eberswalder Wohnungsmarkt und den Mietspiegel einzuwirken. Voraussetzung dafür ist die Beschränkung der Mietforderung auf die realen Kosten.

1.1 Mit welchen Instrumenten wollen Sie das Angebot an leistbaren Wohnungen in allen Eberswalder Stadtvierteln erhöhen?

1.2 Die Gesellschaftsform der GmbH schränkt Öffentlichkeits- und Mitbestimmungsrechte stark ein. Wie stehen Sie zu einer möglichen Änderung der Gesellschaftsform der WHG in eine gGmbH? Oder teilen sie unsere Auffassung, dass die WHG ein Eigenbetrieb der Stadt werden sollte?

1.3 Halten Sie eine stärkere demokratische Einbeziehung der Mieter*innen der WHG in die Entscheidung der Geschäftsführung für sinnvoll? Und wenn ja, wie könnte Ihrer Ansicht nach die WHG angeregt werden, ihre Mieter*innen in Entscheidungsprozessen demokratisch stärker zu beteiligen?

Eberswalde wächst wieder, und zwar sehr moderat. Das ist eine sehr gute Nachricht für die Entwicklung unserer Stadt. Die Nachfrage nach Wohnraum zur Miete und nach Grundstücken zum Bauen steigt entsprechend. Sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung wollen entsprechende Maßnahmen ergreifen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dazu zählen u.a. die jährliche Schaffung von 100.000 öffentlich geförderten Wohnungen. Von dieser Förderung müssen wir auch versuchen in Eberswalde zu profitieren.

Den Neubau von Wohnungen halte ich für wichtig. Allerdings sind hier aufgrund von starken Baupreissteigerungen günstige Mieten nur sehr schwer realisierbar. Daher möchte ich mit der WHG weiterhin einen Schwerpunkt auf die Aktivierung vorhandener, bisher aber nicht oder schwer vermietbarer Objekte setzen.

Die Gesellschaftsform der WHG muss meiner Meinung nach nicht verändert werden. Die Stadt ist Gesellschafterin und hat damit einen großen Einfluss auf die WHG. Hinzu kommt ein 10-köpfiger Aufsichtsrat, der aus dem Bürgermeister und neun von den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung entsendeten Mitgliedern besteht. Damit hat auch die ehrenamtliche Stadtpolitik einen großen Einfluss, da sie zum Beispiel auch den Investitionsplan beschließt. Wichtig ist hier zu erwähnen, dass die Gesellschafterin Stadt Eberswalde keine Gelder aus der WHG abzieht, um den Stadthaushalt zu sanieren. Sondern alle Gelder, die die WHG erwirtschaftet, verbleiben in der Gesellschaft und werden zum Wohle der Mieterinnen und Mieter wieder investiert.

Ändern würde ich aber gerne den Vorsitz im Aufsichtsrat. Aus meiner Sicht sollte der Bürgermeister, der eben auch die Gesellschafterin vertritt, nicht automatisch den Vorsitz im Aufsichtsrat innehaben. Diese Position sollte vom Aufsichtsrat gewählt werden.

Die WHG beteiligt seit 2005 die Mieterinnen und Mieter über einen Mieterbeirat und führt regelmäßig auch Mieterbefragungen durch. Natürlich kann die WHG bei der Beteiligung noch besser werden. Es lohnt sich hier nach „Best Practice“ Beispielen Ausschau zu halten. Zum Beispiel wurde die ProPotsdam 2018 für ihre Mieter-Beteiligung ausgezeichnet.

2) Gutes Wohnen für alle

In Eberswalde ist eine zunehmende soziale Teilung zu beobachten. Die Quartiere Stadtmitte und Westend werden durch steigende Neuvermietungspreise, Sanierungen und hochpreisige Neubauten immer stärker zu Quartieren für wohlhabendere Bürger*innen. Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder geringen Einkommen wohnen dagegen häufig im Brandenburgischen Viertel.

2.1 Wie bewerten Sie die das soziale Gefüge in Eberswalde? Wenn es ein stadtpolitisch sinnvolles Ziel ist, einerseits bestehende Diversität zu erhalten und andererseits im Rahmen der Entwicklung von Eberswalde neue, urbane, durchmischte Stadtquartiere zu entwickeln – welche konkreten Maßnahmen und Schritte sind dafür nötig?

2.2 Was bedeuten für Sie städtische, unkommerzielle Freiräume im Kontext einer lebendigen Stadt? Wie können solche Orte und Räume in Zukunft erhalten und neu geschaffen werden? Wo stellen sie sich solche Räume vor?

2.3 Kleingewerbe, Kulturräume und Kitas spielen eine wichtige soziale Rolle im städtischen Leben und sind damit für das Ziel „Gutes Wohnen für alle“ unverzichtbar. Wie wollen sie erstens erreichen, dass alle Eberswalder Stadtteile in dieser Hinsicht ausreichend versorgt sind und zweitens, wie wird die Stadtpolitik unter Ihrer Führung neue Angebote dieser Art fördern und die bestehenden unterstützen?

2.4 Welchen Ideen und Maßnahmen haben Sie darüber hinaus, die dazu beitragen, dass Eberswalde in seiner sozialen Funktion ein Ort wird, in dem sich kulturelle, altersgruppenbezogene und soziale Unterschiede im Alltag wieder mehr begegnen und somit ein gemeinschaftliches Gefühl von Stadtgesellschaft entsteht?

Zunächst möchte ich feststellen, dass nichts Schlechtes daran ist, im Brandenburgischen Viertel zu wohnen. Ich wohne selbst seit 1990 in diesem Stadtteil. Für mich ist das Brandenburgische Viertel das Grünste aller Quartiere. Es ist auf allen Seiten umgeben von Wald und hat auch noch große Grünflächen mittendrin. Aufgrund der räumlichen Struktur ist das Viertel fast wie eine eigene kleine Stadt. Mit über 6.700 Einwohnerinnen und Einwohner ist das Viertel auch größer als manch eine Stadt oder sogar größer als die Hauptstadt von Liechtenstein.

Für mich persönlich ist es wichtig, dass in den einzelnen Stadtteilen eine soziale Durchmischung stattfindet. Das Wohnforum findet regelmäßig mit den großen Vermietern der Stadt statt. Hierzu ergänzend könnte es auch Formate unter der Überschrift „Gutes Wohnen für alle“ unter stärkerer Beteiligung von Mieterinnen und Mietern (oder Vertretern von ihnen) und von interessierten Bürgerinnen und Bürgern geben, um konkrete Maßnahmen für Eberswalde zu entwickeln.

Gleiches gilt auch für den Erhalt und die Schaffung von Freiräumen. Auch dies muss im gemeinsamen Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft geschehen. Ein Bürgermeister kann keine Orte einfach festlegen. Eine Verwaltung soll ermöglichen, muss aber nicht alles selbst umsetzen. Dazu ist die Kooperation mit privaten Partnern wichtig und sinnvoll.

3) Flächennutzung sparsam und klimafreundlich gestalten

Die Neuversiegelung von Flächen bzw. die Bebauung von Boden in Hektar pro Tag, mit allen einhergehenden ökologischen, sozialen und ökonomisch negativen Folgen, ist in Deutschland derzeit immer noch zu hoch. Auch in Anbetracht einer zunehmenden Erderhitzung werden in Eberswalde weiterhin wichtige städtische Verdunstungsflächen (z.B. die Grünfläche der Friedrich-Ebert-Straße Süd) mit Wohn- und Gewerbeeinheiten überbaut. Dabei gibt es in Eberswalde einen hohen Leerstand an Wohn- und Gewerberäumen.

3.1 Welche Maßnahmen wollen Sie konkret umsetzen, um den Flächenverbrauch im Eberswalder Stadtgebiet zu reduzieren?

3.2 Wie sollte Ihrer Meinung nach der vorhandene Leerstand an städtischen Gebäuden und Grundstücken genutzt werden und welche Chancen sehen sie darin? Gibt es Bedingungen, die sie an zukünftigen Nutzer*innen stellen möchten?

3.3 Sehen Sie Möglichkeiten, wie der Umbau von leerstehenden städtischen Gebäuden bzw. WHG-eigenen Wohnungen attraktiver gestaltet werden kann, damit wieder mehr Wohnungen zu erschwinglichen Konditionen entstehen?

3.4 Haben Sie Pläne, alternative, flächensparende und damit klimafreundlichere Wohn- und Nutzungskonzepte in Eberswalde zukünftig zu fördern? Wenn ja, an welche Konzepte denken Sie dabei und welche Schritte sind für die Förderung konkret notwendig?

Eberswalde wächst wieder moderat, wie bereits festgestellt. Das ist eine sehr gute Nachricht für die Entwicklung unserer Stadt. Dies hat zur Folge, dass auch in Zukunft gebaut werden muss: Kitas, Schulen, Wohnungen, Unternehmensansiedlungen, etc. Dies wird voraussichtlich zu weiteren Flächenversiegelungen führen. Dafür habe ich noch kein fertiges Konzept, muss ich aber auch nicht. Aber wenn ich als Bürgermeister gewählt werde, muss ich mich und werde ich mich um das Thema „Flächennutzung“ kümmern.

Entsprechend muss sich die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Stadtpolitik und der Zivilgesellschaft Gedanken machen, wie diese Flächenversiegelungen begrenzt, abgemildert oder sogar kompensiert werden können. Die „Leitlinien für bewährte Praktiken zur Begrenzung, Milderung und Kompensierung der Bodenversiegelung“ der Europäischen Kommission von 2012 zeigen bereits einige interessante Praktiken auf. Auch die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel formuliert, das Nachhaltigkeitsziel beim Flächenverbrauch mit Maßnahmen zu hinterlegen. Entsprechend sollte die Stadt Eberswalde hier auch den Kontakt zur Landes- und Bundesebene nutzen, um etwaige Förderprogramme in Anspruch zu nehmen.

4) Nachhaltige Mobilität leben

Wie sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt hat, erzeugt eine autogerechte Stadt mehr Probleme als dass sie Vorteile bringt. Immer noch wird zu viel Stadtfläche in Eberswalde dem Auto zugesprochen. Eine Verkehrswende hin zu einer autofreien Eberswalder Innenstadt wäre für das Stadtklima und Bürgerschaft (mehr Fläche für andere Nutzungsmöglichkeiten, z.B. mehr öffentliche Begegnungsräume) attraktiv.

4.1 Welche Schritte möchten Sie gehen, um den Individualverkehr in der Eberswalder Innenstadt nach und nach auf ein nachhaltiges Niveau abzusenken?

4.2 Welche Veränderungen sind für eine nachhaltige Mobilität bei den Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs und bei der Fahrrad-Infrastruktur notwendig?

4.3 Wäre für Sie eine umlagefinanzierte, kostenfreie Nutzung des ÖPNV für alle Eberswalder Bürger*innen erstrebenswert?

4.4 Wie stehen Sie zur zeitnahen Umwandlung der Friedrich-Ebert-Straße (ab Ecke Puschkinstraße bis Ecke Breite Straße) in eine Fußgängerzone?

Als Bürgermeister ist mir wichtig, alle Verkehrsteilnehmer im Blick zu haben. Denn für mich haben alle Verkehrsarten ihre Berechtigung, sowohl der motorisierte Individualverkehr wie auch der ÖPNV, das Fahrrad oder der Fußgänger. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gäste unserer Stadt sollen selbst entscheiden können, welche Verkehrsart sie nutzen möchten.

Für den motorisierten Individualverkehr gilt aber der weitere Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für Elektroautos und die weitere Etablierung von Car-Sharing Angeboten.

Der Ausbau des ÖPNV ist definitiv eine wichtige Zukunftsaufgabe für die Umsetzung der Verkehrswende. Und mit dem ältesten deutschen O-Bus Betrieb seit über 80 Jahren hat Eberswalde hier eine Vorreiter- und Vorbildposition inne. Den Ausbau der O-Bus Linien möchte ich mit dem Landkreis weiter vorantreiben. Auch die Möglichkeit des Einsatzes autonomer Busse sollte geprüft werden. Eine Taktverdichtung des RE3 nach Berlin auf einen durchgehenden 30-Minuten-Takt möchte ich mit dem Land Brandenburg aktiv vorantreiben. Eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Kinder und Jugendliche unterstütze ich, sofern die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Und selbstverständlich soll das Radwegenetz weiter saniert und ausgebaut werden. Insbesondere die Anbindung zwischen Eberswalde und den Nachbargemeinden sowie die Anbindung aller Ortsteile und Stadtbezirke an das Zentrum und auch untereinander sind hierbei prioritär. Denn der Ausbau der Radwege soll nicht nur an Touristen orientiert sein, sondern der „Alltagsradverkehr“ muss im Fokus des Handelns stehen und sowohl sicher als auch attraktiv gestaltet werden. Das Radnutzungskonzept der Stadt Eberswalde ist inzwischen auch schon wieder sieben Jahre alt und muss zeitnah gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern aktualisiert werden.

Sinnvoll umgesetzt, kann ich mir persönlich eine Fußgängerzone in der Friedrich-Ebert-Straße mit der Möglichkeit der Benutzung durch den O-Bus und Lieferverkehr (analog der Potsdamer Allee im Brandenburgischen Viertel) vorstellen. Dazu ist aber eine Attraktivitätssteigerung der Straße durch eine entsprechende Bebauung bzw. Belebung der Friedrich-Ebert-Straße Süd notwendig, ebenso wie die Schaffung notwendiger Parkplätze in der Innenstadt im Umfeld einer möglichen Fußgängerzone. Voraussetzung einer solchen Umsetzung ist für mich eine umfangreiche Bürgerbeteiligung.

5) Lebendige Stadtgesellschaft ermöglichen

Wie sich nicht erst seit der COVID-Pandemie zeigt, steigt in Teilen der Gesellschaft das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und Ihren politischen Entscheidungsträger*innen, die sogenannte Politikverdrossenheit nimmt zu. Die Teilhabemöglichkeit an politischen Diskussionsprozessen und Entscheidungsfindungen für die eigene lebenswerte Stadt oder einfach das Gefühl, mit seinen persönlichen Anliegen bei den Stadtoberen Gehör zu finden, ist auch in Eberswalde noch unzureichend. Um antidemokratische Strömungen einzudämmen und eine zunehmende Spaltung der Stadtgesellschaft zu verhindern, bedarf es Gesprächs-, Beteiligungs- und Gestaltungsangebote aus der Stadtpolitik.

5.1 Wie und mit welchen Maßnahmen wollen Sie das politische Bewusstsein der Eberswalder Bevölkerung für ihre Stadt stärken, sodass sich mehr Eberswalder*innen als politisches Subjekt wahrnehmen und Lust auf Teilhabe am politischen Prozess verspüren?

5.2 Welche Formen der informelle Bürgerbeteiligung wollen Sie in den nächsten Jahren entwickeln und in die Stadtpolitik implementieren? Inwiefern werden die Empfehlungen und Forderungen des Eberswalder ZukunftsRates in Zukunft aufgenommen und umgesetzt?

5.3 Wie ermöglichen Sie jungen Menschen in Eberswalde eine stärkere Teilhabe an stadtpolitischen Entscheidungsprozessen und wie bauen Sie den JugendDialog (JudiE) aus?

5.4 Wie werden Sie die Stimmen von häufig ungehörten und in der Stadtverordnetenversammlung kaum vertretenen gesellschaftlichen Gruppen, beispielsweise Menschen mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete, LGBTQ+, People of Color und andere sozial Benachteiligte, zukünftig stärker an dem politischen Diskurs und den einhergehenden Entscheidungsfindungen beteiligen?

Bürgerbeteiligung ist mir ein persönliches Herzensthema, denn aus meiner Sicht schafft Beteiligung mehr Akzeptanz von politischen Entscheidungen und kann gegen Politikverdrossenheit helfen. Die Beteiligung der Eberswalder Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen soll weder Ausnahme noch ein besonderer Höhepunkt sein, sondern schlicht zur Regel werden.

Ich selbst habe über die Bürgerbeteiligung den Weg in die Kommunalpolitik gefunden. Im Jahr 2006 empfand ich, dass zum Beispiel die Interessen von Kindern und Jugendlichen in der Stadtverordnetenversammlung unzureichend repräsentiert waren und entschloss mich dazu, das Kinder- und Jugendparlament (KJP) wiederzugründen. Es ist uns gemeinsam mit Partnern gelungen, die sogenannte Spielleitplanung in Eberswalde zu implementieren und damit die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen festzuschreiben. Inzwischen gibt es eine landesrechtliche Regelung, die in Eberswalde durch den JugendDialog umgesetzt wird, der gemeinsam mit der Stadtpolitik und den Jugendlichen auch stets weiterentwickelt werden muss. Leider existiert das KJP aktuell nicht mehr, weil sich keine Jugendlichen gefunden haben, die sich dort beteiligen wollten. 2008 wurde ich dann mit 23 Jahren in die Stadtverordnetenversammlung gewählt und war dort der jüngste Stadtverordnete für viele Jahre. Aus dieser persönlichen Erfahrung befürworte ich ausdrücklich, dass die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung möglichst alle Bevölkerungsgruppen – besonders auch die häufig ungehörten und benachteiligten Gruppen – repräsentieren und vertreten sollten. Es kann nur gewählt werden, wer auch kandidiert. Es muss uns gemeinsam gelingen, Kandidatinnen und Kandidaten aus den entsprechenden Gruppen zur Kommunalwahl 2024 zu finden. Dabei setze ich

sehr stark auf das Engagement von Initiativen und Gruppen, wie „Recht auf Stadt“. Auch die Etablierung weiterer Beiräte, z.B. ein Migrations- oder ein Behindertenbeirat wäre zu überlegen.

Die aktuelle Arbeit des ZukunftsRates Eberswalde verfolge ich sehr interessiert und bin auf die Ergebnisse gespannt. Ich hoffe sehr, dass wir künftig mehr solcher losbasierten Bürgerräte für die thematische Arbeit in der Eberswalder Stadtpolitik nutzen können. Ich halte solche per Losverfahren ausgesuchten „Zufallsbürger“ für Alltagsexperten. Sie kennen die lokalen Begebenheiten und kommen dem gedachten „Normalbürger“ am nächsten.

Die für mich wichtigste Form der Beteiligung ist und bleibt der Dialog! Entsprechend möchte ich als Bürgermeister weiterhin so bürgernah agieren, wie ich es seit über 13 Jahren als Stadtverordneter schon praktiziere. Als einziger Stadtverordneter unterhalte ich privat ein Bürgerbüro, und zwar im Brandenburgischen Viertel, einem Stadtteil mit besonderen Herausforderungen. Ansprechbar sein ist mir wichtig. Ich würde auch als Bürgermeister für persönliche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen, sehr gerne auch nicht nur im Rathaus, sondern in den einzelnen Stadtteilen. Darüber hinaus soll es weiterhin Einwohnerversammlungen geben, ergänzt um digitale Varianten und auch Spaziergänge mit dem Bürgermeister, um sich Probleme auch direkt vor Ort anzuschauen, wie z.B. sichere Schulwege.

Neben den analogen Bürgerforen, die es schon lange bei großen Themen gibt, müssen wir künftig noch mehr auch digitale Möglichkeiten von Beteiligung nutzen, wie zum Beispiel digitale Bürgerforen oder eine Bürgerbeteiligungsplattform als Cloud-Lösung für das Smartphone, um so auch mehr Interaktionen zwischen den Bürgern zu ermöglichen.

Auch die Teilhabe an der Stadtpolitik ganz allgemein kann helfen, um das politische Bewusstsein der Eberswalder Bevölkerung zu stärken. Dazu zählt für mich u.a. die Möglichkeit der Online-Teilnahme an den kommunalen Gremiensitzungen durch Livestreams und spätere Abrufbarkeit der Aufnahmen. Auch die Möglichkeit einer Einwohnerbefragung, wie sie unsere Hauptsatzung eröffnet, möchte ich als Bürgermeister gerne zu herausgehobenen Themen mit der Stadtpolitik besprechen und initiieren.

Zwei konkrete Maßnahmen, die ich als Bürgermeister gerne mit der Stadtpolitik und der Zivilgesellschaft diskutieren möchte, sind:

1. die Schaffung eines oder einer Beauftragten für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, um das Ehrenamt und eben auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Stadtverwaltung zu stärken und
2. die Etablierung eines Beteiligungsrates analog der Stadt Potsdam, der mehrheitlich aus Bürgerinnen und Bürgern besteht und so Vorschläge für mehr Beteiligung aus Sicht der Bürgerschaft erarbeitet.